

Pressekonferenz, 27. August 2012

Marktwirtschaftliche Energiewende – Ein Wettbewerbsrahmen für die Stromversorgung mit alternativen Energien

Statement

Hubertus Pellengahr

Geschäftsführer

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz herzlich begrüße ich Sie hier auf unserer Pressekonferenz. Neben mir sitzen Professor Christoph M. Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen-Instituts für Wirtschaftsforschung und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sowie Prof. Manuel Frondel, Leiter des Kompetenzbereichs Umwelt und Ressourcen beim RWI.

Mit der Energiewende, und speziell mit dem Umbau der Energieversorgung, hat sich Deutschland ambitionierte Ziele gesetzt. Sicher ist: Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Auch wenn die Sonne gratis scheint und der Wind nichts kostet, führt der Ausbau der Erneuerbaren Energien unweigerlich zu steigenden Kosten für die Verbraucher. Denn nach wie vor sind die alternativen Technologien nicht marktfähig und würden sich ohne Förderung alleine nicht am Markt durchsetzen.

„Strom muss bezahlbar bleiben“. Dieser Satz stammt von unserem Bundesumweltminister Peter Altmaier und dies ist auch unser Ziel. Wir wollen die Energiewende. Aber nicht zu diesem Preis. Die Ausbauziele müssen und können mit deutlich niedrigeren Kosten erreicht werden.

Denn der enorme Kostenanstieg ist vor allem für die Haushalte mit geringen Einkommen eine große Belastung. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat für uns im April in einer Studie ausgerechnet, dass die unteren Einkommensschichten relativ bis zu 10 Mal stärker belastet werden als Haushalte mit höheren Einkommen. Gleichzeitig machen steigende Strompreise auch der deutschen Industrie zu schaffen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird weniger attraktiv und Arbeitsplätze sind gefährdet. Ziel muss es daher sein, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu fördern, ohne dabei Wachstum und Wohlstand in Deutschland aufs Spiel zu setzen.

Um die Ausbauziele zu erreichen, setzt die Bundesregierung bisher auf Subventionen und misstraut dem Wettbewerb. Das EEG fördert technologieabhängig die Einspeisung von erneuerbarem Strom mit einem garantierten Festpreis. Das hat dazu geführt, dass vor allem die ineffizientesten Technologien, wie beispielsweise Photovoltaik, massiv ausgebaut

wurden. Im Ergebnis wies Deutschland Ende des Jahres 2010 über 40 Prozent der weltweiten Kapazität zur Solarstromerzeugung auf.

Doch auch ehrgeizige politische Ziele können an der geographischen Lage Deutschlands nicht ändern. In unseren Breiten scheint nun einmal die Sonne nicht ganz so häufig und lang wie in Spanien, Marokko oder Griechenland. Obwohl die aktuell installierte Leistung an Photovoltaik mit 28.000 Megawatt rund einem Drittel der konventionellen Kraftwerkskapazität entspricht, trägt Photovoltaik nur rund 4 Prozent zur deutschen Stromproduktion bei.

Die Folgen spüren wir schon heute: Die EEG-Umlage ist von rund 0,4 Cent pro kWh im Jahr 2003 auf gegenwärtig über 3 ½ Cent pro kWh angestiegen. Für das kommende Jahr wird mit einem weiteren Anstieg der Umlage auf über 5 Cent gerechnet. Somit würde sich die jährliche Belastung eines durchschnittlichen Haushaltes von 14 Euro im Jahr 2003 auf über 175 Euro im Jahr 2013 mehr als verzehnfachen.

Seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 wurden von den Verbrauchern bereits Subventionszahlungen in Höhe von über 52 Milliarden Euro geleistet. Dazu kommen weitere Zahlungsverpflichtungen von 200 Milliarden, die aufgrund der über 20 Jahre garantierten Vergütungen unwiderruflich sind. Fast die Hälfte davon entfällt auf die bis dato ineffizienteste Technologie – Photovoltaik.

Die Zahlungsbereitschaft und Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung ist nicht grenzenlos. Die Akzeptanz für die Energiewende schwindet. Gelingt es jetzt nicht auf die Kostenbremse zu treten, wird die Energiewende scheitern. Dabei hilft es nichts, am EEG herumzudoktern. Das System „EEG“ selbst ist das Problem. Es mag in der Anfangszeit seine Berechtigung als Antriebsmotor gehabt haben. Aber ein Blick auf die erreichten Ausbauziele und die damit verbundenen Kosten zeigt, dass diese Anfangszeit definitiv zu Ende ist.

Wir brauchen so schnell wie möglich einen umfassenden Systemwechsel. Die Soziale Marktwirtschaft bietet hier die Lösung: Wettbewerb und Eigenverantwortung. Nur die Investoren vor Ort wissen, welche Technologie am jeweiligen Standort die günstigste ist. Die Energiewende braucht keine bestimmte Menge an Solar- oder Windenergie. Aus welchen alternativen Quellen der Strom sprudelt, sollte der Wettbewerb hervorbringen.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.

Das vom RWI in unserem Auftrag ausgearbeitet „Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien“ – kurz WEE - schreibt den Energieversorgern vor, einen bestimmten Anteil des verkauften Stroms aus Erneuerbaren Energien zu decken. Ob der Strom aus Windkraft, Sonnenkollektoren oder Biomasse stammt, bleibt den Energielieferanten überlassen. So wird ein eigener Wettbewerbsmarkt für die Erneuerbaren Energien geschaffen, auf dem sie sich untereinander behaupten müssen.

Die Stromproduzenten haben so den Anreiz, den Versorgern möglichst günstigen grünen Strom anzubieten, weil die Versorger den grünen Strom dort einkaufen, wo er am preiswertesten ist.

Mit einem solchen Wettbewerbsmodell würde zum ersten Mal überhaupt Konkurrenz zwischen den Erneuerbaren entstehen. Die Begünstigungswirtschaft durch politisch vorgegebene Subventionen hätte ein Ende. Durch den Wettbewerbs- und Innovationdruck ließen sich erhebliche Effizienzpotentiale heben und Kosten einsparen, ohne dabei die Ausbauziele zu gefährden. Vor allem: Die Planwirtschaft im Energiesektor hätte ein Ende.

Prof. Schmidt und Prof. Frondel haben ausgerechnet: Würde das EEG in der jetzigen Form bis zum Jahr 2020 beibehalten, ergäben sich für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren zusätzliche Zahlungsverpflichtungen von fast 60 Milliarden Euro. Mit unserem Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien könnten im Vergleich dazu bis zu 52 Milliarden Euro eingespart werden - und das ohne an den Ausbauzielen auch nur im Geringsten zu rütteln.

Diese enorme Summe sollte Grund genug sein, das EEG am Jahresende auslaufen zu lassen. Marktwirtschaft und Wettbewerb können die Energiewende retten, zum Vorteil der Verbraucher, zum Vorteil von Arbeitsplätzen und zum Vorteil der Umwelt. Eine Energiewende muss man sich leisten können, sonst scheitert sie. Wir müssen jetzt umsteuern. Alles, was es zur Umsetzung des Wettbewerbsmodells braucht, ist politischer Wille.

Wie das Wettbewerbs-Modell im Detail ausgestaltet ist und welche weiteren Vorteile sich daraus ergeben, werden Ihnen nun Prof. Schmidt und Prof. Frondel erläutern.